

Strategische Umweltprüfung

PROGRAMME DIRECTEUR D'AMÉNAGEMENT DU
TERRITOIRE PDAT

Zusammenfassende Erklärung

gemäß Art. 10 SUP-Gesetz

„loi du 22 mai 2008 relative à l'évaluation des incidences de certains plans
et programmes sur l'environnement

Erstellt am 20.07.2023

Im Auftrag des :



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Ministère de l'Énergie et de
l'Aménagement du territoire

Département de
l'aménagement
du territoire



FROELICH & SPORBECK
UMWELTPLANUNG UND BERATUNG



Oeko-Bureau
Ecologie / Aménagement du territoire
Didactique de l'Environnement

Boîte postale 44
Tél.: (+352) 56 20 20

L-3701 Rumelange
info@oeko-bureau.lu

Auftraggeber: Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du territoire
Département de l'aménagement du territoire
4, place de l'Europe
L-1499 Luxembourg

Auftragnehmer: Oeko-Bureau s.à r.l.
3, Place des Bruyères
L-3701 Rumelange

Nachauftragnehmer: FROELICH & SPORBECK GmbH & Co. KG
Umweltplanung und Beratung
Tuchmacherstr. 47
14482 Potsdam



Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Einleitung	4
2	Zusammenfassende Darstellung des bisherigen Planungsverlaufs	5
3	Berücksichtigung der Ergebnisse der SUP im PDAT	7
4	Berücksichtigung der Umweltbelange im PDAT in Folge der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	8
5	Inhaltliche Änderungen im PDAT in Folge der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	12
6	Maßnahmen zur Planüberwachung (Monitoring)	14



1 Einleitung

Auf der Vorgabe des Gesetzes vom 22. Mai 2008 „*relative à l'évaluation des incidences de certains plans et programmes sur l'environnement*“ (SUP-Gesetz) wurde die Erstellung des PDAT durch eine Strategische Umweltprüfung (SUP) begleitet. Ziel der SUP ist es, bereits auf der Ebene der Programme und Zielkonzepte, die einen Rahmen für Vorhaben und Entwicklungen setzen und die ihrerseits mit voraussichtlich erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt verbunden sein können, mögliche Umweltrisiken frühzeitig zu erkennen, um ggf. Fehlentwicklungen entgegensteuern zu können. Kern der SUP war daher die Prüfung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Regelungsinhalte des PDAT und deren zusammenfassende Darstellung im Umweltbericht.

Die Strategische Umweltprüfung des PDAT erfolgte in Phasen. Zur Festlegung des Untersuchungsrahmens wurde in der SUP Phase 1 gemäß Art. 6 SUP-Gesetz eine Vorabschätzung der Umwelterheblichkeit sowie ein Scoping durchgeführt. Dazu wurde der Untersuchungsrahmen entworfen und am 11. November 2021 vom Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du territoire (MEA) an die zu beteiligenden und in ihrem umweltbezogenen Aufgabenbereich betroffenen Behörden versandt.

Die daraufhin eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet und soweit möglich bei der Festlegung von Ausmaß und Detaillierungsgrad der Phase 2 der SUP, der eigentlichen Umweltprüfung berücksichtigt. Kernstück der Umweltprüfung ist gemäß Art. 5 des SUP-Gesetzes die Erstellung des Umweltberichtes. Durch den Umweltbericht wird der Prozess und das Ergebnis der Ermittlung und Berücksichtigung der Umweltbelange während der Planerarbeitung dokumentiert. Dabei ist insbesondere zu ermitteln, mit welchen möglichen Umweltauswirkungen die Regelungen des PDAT verbunden sind, welche Planungsalternativen in Betracht kommen und wie sie in der Abwägung berücksichtigt wurden bzw. welcher Gestaltungsspielraum für die nachfolgenden Planungsebenen gelassen wird, um voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu vermeiden oder zu minimieren.

Da die Erarbeitung des PDAT und der SUP parallel erfolgten, musste die im Untersuchungsrahmen der SUP Phase 1 vorgeschlagene methodische Vorgehensweise bei der Bewertung der Umweltwirkungen des PDAT im Nachgang weiter detailliert und präzisiert werden.

Nach Art. 10 SUP-Gesetz muss zum Abschluss der SUP-Prozedur eine zusammenfassende Erklärung ausgearbeitet und veröffentlicht werden. Artikel 10 fordert, dass sowohl die Öffentlichkeit als auch die nach Art. 6.3 konsultierten Umweltstellen sowie die ggf. konsultierten Anrainerstaaten informiert werden.

Folgende Dokumente sind der Öffentlichkeit sowie den konsultierten Umweltstellen und Anrainerstaaten zur Verfügung zu stellen:

das PDAT (in seiner angenommenen Form),

eine Kurzbeschreibung, die beinhaltet, wie Umweltbelange in den PDAT einbezogen wurden, wie die Ergebnisse des Umweltberichtes im Aufstellungsprozess des PDAT berücksichtigt wurden, welche Berücksichtigung die Stellungnahmen der Beteiligten (Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung) fanden, welche Gründe dazu geführt haben den PDAT anzunehmen sowie die festgehaltenen Monitoringmaßnahmen.



2 Zusammenfassende Darstellung des bisherigen Planungsverlaufs

Die Oeko-Bureau S.à r.l. wurde am 14. Oktober 2021 vom MEA beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem internationalen Umweltplanungsbüro Froehlich & Sporbeck, mit der Ausarbeitung der SUP des PDAT für das Großherzogtum Luxemburg zu beginnen.

In der Phase 1 der SUP wurde ein Vorschlag zur Festlegung des Untersuchungsrahmens gemäß Art. 6 SUP-Gesetz erstellt, der am 11. November 2021 vom Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du territoire (MEA) an die zu beteiligenden Behörden versandt wurde.

Nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen konnte der Untersuchungsrahmen festgelegt werden und am 07. April 2022 mit der Bearbeitung des Umweltberichts zum PDAT begonnen werden.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen des PDAT wurde anhand von Umweltzielen durchgeführt, die in den einschlägigen Gesetzen und Plänen festgelegt sind und die durch die Auswirkungen des PDAT selbst oder durch die Auswirkungen der Pläne und Vorhaben, für die das PDAT rahmensetzend ist, positiv wie negativ beeinflusst werden können.

Nach der Beschreibung des Ist-Zustandes der Umwelt im Raum Luxemburg einschließlich der bestehenden Umweltprobleme sowie der Einschätzung der Entwicklungstendenzen des Umweltzustands ohne Umsetzung des PDAT erfolgte im Umweltbericht eine Prognose der voraussichtlichen Auswirkungen der Prinzipien, politischen Objektiv und Strategien des PDAT auf die Umwelt. Hierzu wurden die jeweiligen Festlegungen in der Reihenfolge der drei politischen Hauptziele und den damit verbundenen Unterzielen, Strategien und Maßnahmen vorgenommen. Diese drei Hauptziele sind die Reduktion der Neuinanspruchnahme natürlicher Bodenfläche, Konzentration der Entwicklung an den am besten geeigneten Orten und die grenzüberschreitende Raumplanung. Der Entwurf des Umweltberichts wurde am 12. Juni 2022 an das MEA übergeben.

Am 15. September 2022 wurden der Entwurf des PDAT und der dazugehörige Umweltbericht den Kommunen, Behörden, Organisationen und Verbänden mit umweltbezogenem Aufgabenbereich sowie den direkten Nachbarstaaten zur Stellungnahme vorgelegt.

Gleichzeitig mit der öffentlichen Anhörung zum PDAT-Entwurf wurde eine öffentliche Anhörung zu den Umweltauswirkungen des PDAT-Entwurfs durchgeführt. So wurde neben dem Entwurf des PDAT auch der dazugehörige Umweltbericht ab dem 15. September 2022 während 30 Tagen in den Räumlichkeiten des Raumplanungsdepartements (DATer) sowie auf dem Raumplanungportal öffentlich zugänglich gemacht; die Öffentlichkeit hatte 45 Tage Zeit, um ihre schriftlichen Bemerkungen an die für den Plan zuständige Behörde zu übermitteln.

Um eine intensive Auseinandersetzung der Beteiligten mit dem PDAT und dem Umweltbericht zu gewährleisten, beschloss der zuständige Minister für Raumordnung alle Stellungnahmen zu berücksichtigen, die bis Ende März 2023 eingereicht wurden. Zudem wurden parallel zur Beteiligungsprozedur im Oktober und November 2022 Informationsveranstaltungen durchgeführt sowie eine Broschüre mit den Hauptelementen des PDAT veröffentlicht.

Nach Eingang aller Stellungnahmen wurden diese in einem Abschlussbericht mit Anpassungsvorschlägen ausgewertet. Der Regierungsrat hat am 21. April 2023 dem Abschlussbericht zugestimmt und die entsprechenden Änderungen wurden am PDAT vorgenommen.



Nach einer Stellungnahme am 16. Mai 2023 vor der Abgeordnetenkommer wurde das PDAT schlussendlich am 21. Juni 2023 von der Regierung angenommen und ist dann in Kraft getreten.



3 Berücksichtigung der Ergebnisse der SUP im PDAT

Im Umweltbericht zur SUP wurde allgemein festgestellt, dass das PDAT in seinen Erläuterungen, Zielen und Maßnahmen bereits seine grundsätzliche Ausrichtung und Orientierung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit zeigt. Als übergeordnete nationale Strategie zur Gewährleistung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung des Großherzogtums Luxemburg, bildet das PDAT einen Orientierungsrahmen für nachgelagerte formelle und informelle Pläne, Programme, Strategien und Konzepte, auf nationaler und bilateraler Ebene. Es begegnet den negativen Umwelttrends der aktuellen Entwicklung im ganzen Funktionsraum Luxemburg und zeigt einen Weg hin zu einem nachhaltigeren raumplanerischen Entwicklungsansatz. Das PDAT integriert wesentliche Umweltziele in die Raumplanung. Es wird ein konsequentes steuerndes Leitbild verfolgt, das auf die Minderung und Vermeidung negativer Umweltauswirkungen abzielt. Dadurch wird eine weitgehende Schonung des Freiraums und ökologisch wertvoller Flächen erreicht, wenngleich potenziell negative Umweltauswirkungen in bereits vorbelasteten Bereichen durch die Konzentration neuer Siedlungs- oder Infrastrukturentwicklungen nicht unmittelbar ausgeschlossen werden können.

Durch die vorgesehenen Instrumente und Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele des PDAT auf den nachfolgenden Planungsebenen zielt das PDAT weiter daraufhin, dass insbesondere bei der angestrebten baulichen Verdichtung in den Siedlungskörpern, Sanierung im Bestand und Reaktivierung von Brachflächen im Rahmen der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungsebenen (PDS, POS, PAG) aber auch in den Strategien der Naturparke und der Verträge zwischen Staat und Gemeinde die Erfordernisse des Arten-, Wasser- oder Denkmalschutzes berücksichtigt und einer Zunahme von Konflikte in den Ballungsräumen durch Verkehr, Lärm, Luftbelastung sowie der Abnahme ruhiger Nacherholungsbereiche entgegengewirkt wird. Dies wurde im Umweltbericht nachvollziehbar dokumentiert. Vor dem beschriebenen Hintergrund erforderte das Ergebnis der Umweltprüfung keine Veränderungen der Regelungen des PDAT.



4 Berücksichtigung der Umweltbelange im PDAT in Folge der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die im Rahmen der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Hinweise zur Umweltprüfung wurden ausgewertet und dahingehend geprüft, ob sich aus ihnen veränderte Einschätzungen der Umweltauswirkungen ergeben. Dies ist nicht grundlegend der Fall, sodass hieraus keine grundsätzlichen Änderungserfordernisse an den Regelungen des PDAT erwachsen. Die zuständigen Behörden unterstützen im Allgemeinen das Konzept und die Zielrichtung des PDAT. Die mit dem PDAT anvisierte strategische Ausrichtung der Landesentwicklung im PDAT ist positiv zu bewerten im Vergleich zu einer Weiterführung des dezentralen Wachstums in die Fläche ohne ausreichende internationale, regionale und kommunale Abstimmungen und Anpassungen.

Es wurden jedoch einige Bedenken bezüglich der Wirksamkeit und verbleibender Umweltrisiken vorgetragen. So gibt das PDAT zwar eine, die Umweltziele berücksichtigende Zielrichtung vor, kann aber nicht vollständig verhindern, dass die geplanten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des PDAT nicht doch auch mit Risiken bezüglich möglicher erheblicher Auswirkungen auf bestimmte Umweltgüter verbunden sind.

Die Umsetzung der Ziele des PDAT erfolgt insbesondere durch die rechtsverbindlichen Instrumente des POS, PDS und PAG. Diese Pläne sowie Modifikationen dieser Pläne sind einer SUP zu unterziehen. Auf dieser Ebene kann die SUP an konkreteren Planvorhaben anstelle strategischer Ziele Umweltprobleme identifizieren und VMA-Maßnahmen definieren, so dass frühzeitig vor einer Projektrealisierung Umweltbelange ausreichend Berücksichtigung finden. Im vorliegenden Umweltbericht konnte festgestellt werden, dass ausreichend Handlungsspielraum auf diesen Planungsebenen besteht. Zudem fördert die strategische Ausrichtung des PDAT mit einer Reduktion des Flächenverbrauchs, Entwicklung an geeigneten Orten und grenzüberschreitender Zusammenarbeit das Vorhandensein eines Handlungsspielraums.

Zusammenfassend sind die Hinweise und der planerische Umgang mit diesen in den nachfolgenden Abschnitten beschrieben:

OP1: Reduktion der Neuinanspruchnahme natürlicher Bodenfläche

Es wurden Bedenken geäußert hinsichtlich der geplanten regional differenzierten Schwellenwerte zur Steuerung der Bodeninanspruchnahme. Die Festlegung der Schwellenwerte soll lediglich "unter Berücksichtigung der Bevölkerungs- und Beschäftigungsprognosen des STATEC und ihrer territorialen Verteilung gemäß des städtischen Grundgerüsts des PDAT" festgelegt werden. Hier wurden weitere Kriterien mit Umweltbezug vermisst wie z.B. die Nähe zu Natura2000-Gebieten, topografische Zwänge oder die Fähigkeit der Wasserläufe, als Vorfluter für sanierte Abwässer zu dienen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass diese Bodenverbrauchswerte, insbesondere in den endogenen Gemeinden unterhalb der bisherigen Referenzwerte liegen und im somit maßgeblich zu einer Reduktion der Flächenneuausweisung und Konzentration der Entwicklung an geeigneten Standorten beitragen können. Dies ist grundsätzlich auch hinsichtlich der Reduzierung des Risikos negativer Umweltauswirkungen positiv zu bewerten. Die Bewertung weiterer Faktoren bei der Bestimmung der Bodenverbrauchswerte pro Gemeinde sollte auf den nachfolgenden Ebenen bei der Konkretisierung der Zielvorgaben des PDAT in den PAG der Gemeinden sowie in PDS und



POS der Landesplanung erfolgen. Diese Planungsinstrumente sind einer SUP zu unterziehen. In diesem Kontext werden die Umweltraumbedingungen wie Topographie, Landschaftsbild, Natura2000 Zonen, Wasserversorgung und -entsorgung, sowie zahlreiche weitere Faktoren wie Trinkwasserschutzgebiete, Lärmbelastung, nationale Schutzgebiete, Biotope, Artenschutz oder Naherholung als Bewertungsgrundlage der Umweltauswirkungen herangezogen. Die Zielvorgaben des PDAT bieten eine ausreichende Flexibilität um bei der Konkretisierung in kommunalen und regionalen Plänen diese zentralen Umweltfaktoren bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen zu können.

Wie auch schon im Umweltbericht beschrieben besteht bei der Umnutzung bestehender und künftiger Brachflächen das Risiko der Zerstörung von Lebensräumen mit hohem ökologischem Wert.

Auch hier bieten die vorhandenen Planungsinstrumente auf den nachfolgenden Ebenen und die dazu erforderlichen Umweltprüfungen und Umweltgesetzes die Möglichkeit die konkreten standörtlichen Verhältnisse detailliert zu berücksichtigen und erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung oder zum Ausgleich vorzusehen.

Bei der Verdichtung des städtischen Raums besteht die Gefahr, dass diese auf Kosten der innerstädtischen ökologischen Vernetzung der Ortschaften geht, z. B. durch die Fragmentierung eines ökologischen Korridors, Zerstörung von Brutplätzen bzw. geeigneter Strukturen für Brut- und Nahrungshabitate. Eine solche Fragmentierung kann sogar erhebliche Auswirkungen auf ein Natura-2000-Gebiet zur Folge haben. Außerdem wird in der Verdichtung städtischer Räume durch erhöhtes Verkehrsaufkommen und damit mit Lärm- und Geruchsbelästigungen sowie dem Verlust von Grünflächen mit Erholungs- und Klimafunktion ein erhöhtes Risiko negativer Auswirkung auf die Umweltgüter "Bevölkerung und menschliche Gesundheit" sowie "Klima und Luft" gesehen.

Das PDAT enthält hierzu relevante Empfehlungen zur Steigerung der Lebensqualität in den Städten. Im Rahmen der SUP zum PAG der Gemeinden kann und muss diese Thematik vertieft werden, anhand der Konkretisierung der Zielvorgaben des PDAT auf kommunalem Niveau.

Auch hinsichtlich der im Umweltbericht bereits angesprochenen Risiken negativer Auswirkungen auf das Umweltgut "Landschaft" durch eine städtische Verdichtung wird eine örtlich differenzierte Bewertung der örtlichen Gegebenheiten und Empfindlichkeiten vermisst. Da jedoch das PDAT selbst keine weitere Differenzierung der Verdichtungsstrategien entwickelt, sondern lediglich den Rahmen setzt für eine solche weitere Differenzierung auf den nachfolgenden Planungsstufen, ist auch hier daraufhin zu weisen, dass die zur Verfügung stehenden Instrumente der nachfolgenden Planungsebenen ausreichend die Möglichkeit bieten zu einer solchen örtlichen Analyse und Bewertung. Auch sind die potenziellen Umweltauswirkungen in den vorgeschriebenen Umweltprüfungen entsprechend ebenengerecht detaillierter bewertbar.

OP2: Konzentration der Entwicklung an den am besten geeigneten Orten

Bei der Bewertung des Ziels der Konzentration der Entwicklung an den geeignetsten Standorten im Umweltbericht wird eine detailliertere Analyse der CDAs vermisst einschließlich einer Untersuchung der standörtlichen Entwicklungsspielräume, dem Vorhandensein von Grünachsen und sensiblen Kulturgütern (archäologische Stätten von nationaler Bedeutung) sowie der Vorbelastungen (Luftschadstoffe, Lärm).



Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Herunterbrechen der Ziele des PDAT auf die Umweltgegebenheiten einzelner CDA im Rahmen der Umweltprüfung dem nationalen strategischen Rahmen nicht ausreichend Rechnung trägt. So ist die nationale Perspektive und die strategische Orientierung des PDAT als maßgeblich zu betrachten. Eine über den Detaillierungsgrad des PDAT hinausgehende Umweltprüfung ist der Planungsebene nicht angemessen. Die Entwicklung der CDA soll und kann zukünftig endogene Gemeinden mit ihren Natur- und Freiräumen entlasten. Der Umweltbericht konzentriert sich auf die Analyse der Umweltrelevanz der strategischen Ausrichtung und Zielvorgaben des PDAT. Auf Ebene der PDS, POS und PAG bestehen ausreichend Handlungsspielräume, Anpassungspotenziale und Abwägungsmöglichkeiten für die Konkretisierung der Zielvorgaben des PDAT. Somit bietet es sich an, im Rahmen der SUP auf diesen nachfolgenden konkreteren Planungsebenen die erforderlichen detaillierteren Analysen durchzuführen und den bestehenden Vorbelastungen der CDA und ihren spezifischen Merkmalen und ggf. Umweltproblemen ausreichend Rechnung zu tragen. Die bestehenden Umwelt-, Wasser- und Naturschutzgesetze und Prüfverfahren sowie naturräumliche Gegebenheiten werden zudem umweltsensible Räume auch innerhalb der CDAs definieren und dazu beitragen die Entwicklungsperspektiven eines strategischen PDAT in verträgliche Bahnen zu lenken.

Hinsichtlich der wahrscheinlichen Auswirkungen des Ziels der „Konzentration der Entwicklung an den am besten geeigneten Orten“ auf die Qualität des Grundwassers und der Wasserläufe angeht, wird eine Analyse der Besonderheiten der hydrographischen Verhältnisse im Großherzogtum Luxemburg und eine Abschätzung inwieweit bei der Abwasserentsorgung und Einleitung in die Vorfluter der gute ökologische und chemische Zustand der aufnehmenden Gewässer erreicht bzw. aufrechterhalten werden kann gefordert.

Auch bezüglich dieser Thematik bestehen auf den nachfolgenden Planungsebenen ausreichend Vorgaben und Instrumente durch die eine entsprechende detailliertere Berücksichtigung der Wasserbelange erreicht werden kann.

Hinsichtlich der Aussage im Umweltbericht, dass erhebliche Auswirkungen auf das Natura-2000-Netzwerk in den Aktionsräumen mit überwiegend städtischem und vorstädtischem Charakter ausgeschlossen werden können, wird eine differenziertere Analyse der örtlichen Verhältnisse vermisst, sodass im Einzelfall Beziehungen, die zwischen den Lebensraumverhältnissen außerhalb der Schutzgebiete und den Natura-2000-Gebieten bestehen können, im Umweltbericht zum PDAT nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Zur Bewertung der NATURA2000 Verträglichkeit wurde im Umweltbericht aus nationaler Perspektive die Lage und räumliche Abgrenzung der Schutzgebiete als wissenschaftlich fundierte Basis im Vergleich zu der Verortung der Entwicklungszentren und -räume herangezogen. Konkrete lokalräumliche Artenvorkommen wurden bei dieser Bewertung nicht berücksichtigt. Zentrale Frage war der erwartbare Flächenverlust im Randbereich und innerhalb der Schutzgebiete, insbesondere durch die Ausweisung und Verdichtung der CDA. Dabei konnte festgestellt werden, dass eine direkte Überschneidung von CDA und NATURA2000 bei der Konkretisierung der Zielvorgaben des PDAT auf nachfolgenden Planungsebenen auf ein Minimum reduziert werden kann. Zudem besteht ein ausreichender Handlungsspielraum für Anpassungen sowie Prüf- und Genehmigungsverfahren auf Ebene der Umsetzungsinstrumente PDS, POS und PAG vorzunehmen.



OP3: Grenzüberschreitende Raumplanung

Es wurde daraufhin gewiesen, dass eine Bewertung der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Umwelt durch das Ziel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung im Umweltbericht fehlt. Es wurde betont, dass Kooperationsmechanismen nicht per se eine Maßnahme mit positiven Auswirkungen auf die Umwelt darstellen. Es ist wichtig, die nachhaltige Entwicklung des Territoriums und die im Umweltbericht dargelegten Umweltziele in jede Form der Zusammenarbeit einzubeziehen.

Diesem Ansatz wird zugestimmt. Die Prinzipien der Nachhaltigkeit müssen um Funktional zu werden über die Grenzen Luxemburgs hinaus in der gesamten Großregion konsequent Anwendung finden.



5 Inhaltliche Änderungen im PDAT in Folge der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die aufgrund der Stellungnahmen und Anmerkungen, die im Rahmen der Konsultation zur Erstellung des PDAT-Entwurfs und im Rahmen der Konsultation zur strategischen Umweltprüfung eingegangen sind, durchgeführten Änderungen umfassen die folgenden Punkte:

Anpassung der Struktur des PDAT

Zur Verbesserung der Verständlichkeit des PDAT wurde die Struktur des Texts angepasst, ohne jedoch inhaltliche Änderungen am Textentwurf zu machen. Bestimmte Textstellen wurden vereinfacht und präzisiert sowie Illustrationen ergänzt.

Definition der Schwellenwerte für die Bodenbebauung der Gemeinden nach Aktionsräumen und gruppiert nach Zeithorizont (und nicht nach Gemeinden).

Die maximalen Schwellenwerte für die bauliche Bodeninanspruchnahme pro Gemeinde wurde statt nur pro Jahr nun für den gesamten Zielzeitraum (Zeithorizonte 2035 und 2050) sowie auf der Ebene der Aktionsräume angegeben.

Präzisierung, dass nationale und regionale Projekte auf die territorial betroffenen Gemeinden aufgeteilt werden.

Es wurde das Prinzip aufgenommen, dass Flächen, die durch die Realisierung von Projekten von nationaler und regionaler Bedeutung (z. B. nationale und regionale Infrastrukturprojekte) künstlich beansprucht werden nicht nur der Gemeinde zugerechnet werden, in der sie sich befinden, sondern je nach Art des Projekts auch der Region oder allen Gemeinden des Landes.

Die Berechnungsmethode dazu soll im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zur Umsetzung des politischen Ziels der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme präzisiert werden.

Präzisierung der Orte, die als CDA gelten

Der Text wurde hinsichtlich der Frage präzisiert welche Orte als CDA eingestuft werden. Außerdem wurde die Definition der CDA von nationaler Bedeutung aufgrund ihrer Ausstattung geändert.

Änderung der Abgrenzung der CDA und Anpassung der Aktionsräume

Bei einer CDA und einzelnen Aktionsräumen wurde der Zuschnitt den örtlichen Gegebenheiten angepasst und deren Bezeichnung geändert.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In Bezug auf die Strukturierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde ein Text über die erforderlichen Strukturen und Instrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergänzt.



Neue Instrumente zur Umsetzung der Ziele des PDAT

Im PDAT wird der Vorschlag aufgenommen zusätzliche sektorielle Leitpläne (PDS) zu entwickeln, in Bezug auf die Themen "Öffentliche Infrastruktur und Einrichtungen", "Landwirtschaftliche Gebiete" und „Verdichtung um Bahnhöfe und Verkehrsknotenpunkte“. Diese Instrumente sind in einem interministeriellen Ansatz und unter frühzeitiger Einbeziehung der verschiedenen betroffenen Akteure zu entwickeln.

Coworking

Im PDAT wurde ein Absatz zum „Coworking“ im grenzüberschreitenden Rahmen eingefügt, der die Notwendigkeit beschreibt, entlang der Grenzen Coworking-Räume vorzusehen, um dezentralisierte Arbeitsplätze zu schaffen und eine Konzentration der Transportströme auf die Stadt Luxemburg zu vermeiden.

Horizontale und vertikale „Governance“

Im PDAT wurde ein Absatz ergänzt, durch den die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Rahmen der Raumordnungspolitik betont werden soll.

Ergänzung des PDAT durch einen quantifizierten Umsetzungsplan, der es ermöglicht zu beurteilen, ob die Ziele erreichbar sind oder nicht.

Im PDAT wird ergänzend die Aufstellung eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Ziele und Strategien des PDAT angeregt, in dem in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren und den Gemeinden präzisiert werden soll, wie die Ziele und Strategien des PDAT umgesetzt werden sollen und wie der Zeitplan für die Umsetzung aussehen kann.



6 Maßnahmen zur Planüberwachung (Monitoring)

Die SUP-Richtlinie (Richtlinie 2001/42/EG) schreibt vor, dass die erheblichen Auswirkungen der Durchführung eines Programms wie des PDAT auf die Umwelt überwacht werden sollen. Aufgrund des allgemein konzeptionellen und rahmensetzenden Charakters des PDAT und der Spielräume, die durch die Regelungen für die planerische Ausgestaltung auf den folgenden Planungsebenen verbleiben, ist festzustellen, dass das PDAT mit seinen Zielvorgaben keine direkten erheblichen negativen Umweltauswirkungen verursacht. Zudem steht das PDAT umfassend mit den relevanten Umweltzielen im Einklang. Durch die Überwachung und Dokumentation der Umsetzung des Programms kann erst zukünftig bewertet werden, ob die gewählten Strategien greifen und die angestrebten positiven Wirkungen auf die Umwelt tatsächlich auch eintreffen oder ob ggf. auftauchenden negativen Umweltauswirkungen regulativ entgegengewirkt werden muss.

Das PDAT sieht bereits vor, dass die Wirkungen der Raumentwicklungsplanung bzw. die Raumentwicklung vor dem Hintergrund der neu gesetzten Grundsätze des Programms überwacht werden sollen. Dazu sollen die vorhandenen Instrumente der Raumb Beobachtung den neuen Herausforderungen entsprechend ergänzt und genutzt werden. In diesem Rahmen sind auch die Wirkungen des Programms auf die Umwelt in das Monitoring einbezogen.

Das PDAT verortet die Aufgabe zur Überwachung der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen im bereits bestehenden Observatorium für Raumentwicklung (ODS). Das Observatorium ist die geeignete Institution die komplexe Aufgabe zu bewältigen, die darin besteht, die Wirkungen der öffentlichen Politik auf die Raumentwicklung und deren Dynamik, zu überwachen und zu bewerten. Auf dieser Grundlage kann ein Verständnis für die Mechanismen entwickelt und Empfehlungen erarbeitet werden im Rahmen der Aktualisierung der PAGs.

Das ODS wurde 2007 eingerichtet und erstellt regelmäßig Berichte, die die Mechanismen der Raumentwicklung beleuchten. Die ODS gibt auch Empfehlungen zur Unterstützung der Umsetzung des Raumplanungsgesetzes, des Raumordnungsleitbildes und der PAGs ab. Diese Empfehlungen werden durch objektive und wissenschaftliche Analysen untermauert, die sich insbesondere auf die Erstellung von regelmäßig aktualisierten Indikatoren stützen.

Angesichts der Ambitionen der Raumordnungspolitik und der Neuorientierung der Raumplanung durch neue Ziele und die zunehmende Komplexität der zu berücksichtigenden Herausforderungen, regt das PDAT an das Aufgabenfeld des ODS weiterzuentwickeln zu einer Vermittlerin zwischen den mit der Raumentwicklung befassten Akteuren und einer Informationsschnittstelle zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Raumentwicklung und die Bedeutung einer starken Raumordnungspolitik.

Es geht also darum die vorhandenen raumbezogenen statistischen Informationen breiter zu vernetzen und daraus Informationen zu generieren, die für das Verständnis der Raumentwicklungsprozesse und deren Auswirkungen nützlich sind. Dazu sollen unter anderem die folgenden Einrichtungen und Beobachtungsstrukturen mit einbezogen werden: das Observatorium für Wohnungswesen, die kommunalen Sozialobservatorien, die Mobilitätserhebungen, das Nationale Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (STATEC), die Generalinspektion für soziale Sicherheit (IGSS), das Zentrum für staatliche Informationstechnologie (CTIE), die Ministerien mit Zuständigkeiten im Bereich Umwelt, nationale Bildung usw. sowie Daten und Analysen, die in den Bereichen Umwelt, Mobilität oder Wirtschaft erstellt werden.

